„Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier. Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmsun
Geschäftsführender Direktor.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .25
für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen-, „Gesucht", usw.: Für jede Einsetzung 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Der Hexenkessel Europa

Bildung einer Mächtegruppe gegen Frankreich.

In der Vorkriegszeit hat man auf den Hexenkessel auf dem europäischen Balkan, wo eine Völkerschaft gegen die andere sich erhob, wo wilde Bandenkämpfe tobten, wo die Grenzen oft wie das Hemd gewechselt wurden, mit mitleidigen oder gar spöttischen Blicken hingesehen. Das übrige Europa dünkte sich in seinem beinahe lächerlichen Kulturstolz hoch erhaben über solch kleinliche Zänkereien und Schlägereien. Das wurde anders, als der Weltkrieg das oft gerühmte „Gleichgewicht der Mächte" (balance of power) über den Haufen warf, und als die Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Neuilly usw. die europäische Landkarte gründlich veränderten. Das alte Habsburger-Reich wurde völlig zerschlagen. Kleine „unabhängige", aber dafür auch saft- und kraftlose Staaten wie die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Jugoslavien im Anschlusse an das alte Serbien, das neue Polen mit deutschen und russischen Landstrichen, Esthland, Finnland, Litauen, der „Freistaat" Danzig usw. entstanden auf den Trümmern alter Reiche oder wurden künstlich aus früheren Staatengebilden herausgeschnitten, wie Kinder es beim Ausschneiden von Bilderbogen machen. Man hätte auch diese große Kinderei nicht allzu ernst zu nehmen brauchen, wären nicht alte Kultur- und Wirtschaftszusammenhänge gewaltsam und oft willkürlich zerrissen und wäre nicht neuer Zündstoff für künftige europäische Explosionen aufgehäuft worden. Die Machthaber in den siegreichen Staaten hätten bei der besten Lehrmeisterin jedes Politikers, bei der Geschichte, in die Schule gehen sollen. Denn was sie auf europäischem Boden geschaffen haben, ist nichts anderes als der Hexenkessel auf dem Balkan, nur in vergrößertem Maßstabe. Und doch war diese Reform der europäischen Landkarte — vom Standpunkte der Franzosen Clemenceau und Poincare aus — nicht so ganz sinn- und zwecklos, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Der alte politische Grundsatz „Divide et impera" — „Teile und herrsche!" wurde von den Staatsmännern in Paris in geradezu raffinierter Weise im französischen Interesse zur Anwendung gebracht. Der alte Herrschertraum eines Ludwig XIV. und eines Napoleon I. sollte mit modernen Methoden verwirklicht werden. Von Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen und von europäischem Frieden sprach man, eine französische Weltherrschaft erstrebte man, gestützt auf die beste Waffenrüstung Europas.

Doch „es wallet und siedet und brauset und zischt" — nämlich im großen Hexenkessel Europa. Denn niemals kann durch militärische Gewalt und durch kriegerische Entscheidungen Recht geschaffen werden. Im Gegenteil! Neues Unrecht und neue Ungerechtigkeit sind die Ergebnisse eines vierjährigen welterschütternden Völkerkampfes. Neues Unrecht und neue Ungerechtigkeiten erheben sich anklagend und verurteilend und schreien nach gerechtem Ausgleich. Europa ist durch die Verschiedenartigkeit seiner Rassen und Nationen von der Vorsehung nicht dazu bestimmt, wie ein Puppentheater nur dem Willen eines Theaterdirektors in Paris zu gehorchen. Europa bäumt sich auf gegen die unnatürliche Zerreißung seines politischen und wirtschaftlichen Lebens. Infolgedessen bereiten sich große Aenderungen vor, die vor allem Rußland, dann aber auch England wiederum als Machtfaktoren in die europäische Politik einführen. Man ist der Ansicht, daß Lord Curzons Politik, die sich gegen Rußland richtet und um jeden Preis die Entente Cordiale unter den Verbündeten des Weltkrieges aufrecht erhalten will, sich überlebt hat und daß man in England auf Mittel und Wege sinnt, um einer weiteren Ausdehnung der französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent entgegenzuarbeiten. Es macht sich jetzt in England eine politische Richtung geltend, welche auf eine Versöhnung mit Rußland abzielt und engere Beziehungen in kommerzieller und industrieller Hinsicht mit den sogenannten Randstaaten anstrebt. Es sind Kredite an Litauen, Estland und Danzig in Aussicht genommen. In anderen Ländern sucht England seinen industriellen Einfluß zu erhöhen, z. B. in Oesterreich. Inzwischen ist auch in der Kleinen Entente, die bisher ganz von Paris aus kontrolliert war, eine Krisis eingetreten. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch träumt von einer großen Allianz zwischen Paris, Prag und Moskau, um Deutschland einzuschließen und damit in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten. Diese Pläne rufen jedoch den Widerspruch der englandfreundlichen Kreise innerhalb der Kleinen Entente hervor. Rumänien ist einer englischen Annäherung an Rußland nicht abgeneigt und England kann sich auf Unterstützung aller seiner Pläne durch Rumänien verlassen. Die Jugoslawen hingegen, die gegen Mussolinis Politik Front machen, stehen ganz im französischen Lager. Selbstredend ist auch die spanisch-italienische Allianz gegen Frankreich gerichtet und England ist ferner bereit, die Türkei zu unterstützen und wird allenfalls Mussolini gegen Griechenland freie Hand lassen. Eine weitere wichtige Frage ist die, wie sich Polen zu der neuen Entwicklung stellt. Jedenfalls scheint sich eine Kombination London - Berlin - Wärschau - Moskau gegen Frankreichs imperialistische Ausdehnungspolitik vorzubereiten. Frankreich sucht einer solchen Mächtegruppierung dadurch vorzubeugen, daß es sich bemüht, Rußland zu gewinnen, bevor die britische Politik Zeit gefunden hat, in dieser Richtung Resultate zu erzielen.

Wir Deutschcanadier können nur wünschen, daß die politische Umwälzung, die im europäischen Hexenkessel vor sich geht, vor allem das arme deutsche Volk von dem übermächtigen Drucke befreit, der heute noch auf ihm lastet, und daß Europa wieder zu einer ruhigen und geordneten Völkerfamilie werde, die den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt in aller Welt, auch in Canada, zu fördern vermag. B.

Die Entwertung des französischen Geldes

Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Die führenden Finanziers Frankreichs sind von Finanzminister de Lasteyrie eingeladen worden, mit ihm über Mittel und Wege zur Niederhaltung der Spekulation in Devisen zu beraten, um damit der Entwertung des Francs Einhalt zu gebieten. Dem Minister soll es, wie von Börsianern erklärt wird, in erster Linie darum zu tun sein, das Vertrauen des Publikums in die Regierungsbonds wieder zu stärken, die unter starkem Angebot kürzlich am Markt stark im Kurs zurückgegangen sind. Dieses Sinken der Regierungsbonds wird teilweise auf die kürzliche Kampagne einiger französischen Banken, „Sterling auf 100 und den Dollar auf 30 Francs zu treiben" zurückgeführt. Maklern zufolge sind in letzter Zeit Regierungsbonds in großen Posten auf den Markt geworfen worden, da die Verkäufer andere Wertpapiere oder ausländischen Kurant diesen Bonds vorzogen. Diese Tendenz hat natürlich Besorgnis in Regierungskreisen hervorgerufen, umsomehr, als die Regierung zur Zeit zahlreiche Forderungen des Auslandes einzulösen und außerdem eben erst eine neue drei Milliarden Francs Anleihe aufgelegt hat. Um die Exporteure davon abzuhalten, Finanzen im Ausland zu unterhalten, ist angeregt worden, diese Leute zu zwingen, Beweise dafür beizubringen, daß sie den Erlös ihrer Exportartikel auch nach Frankreich zurückgebracht haben.

Die allgemeine Erklärung, welche seit Wochen in französischen Finanzkreisen, wie auch in der Presse, gegeben wurde, ging dahin, mächtige Geldinteressen in New York und London arbeiteten zielbewußt auf die Entwertung des Francs hin, New York einzig und allein des Gewinnstes wegen, London dagegen aus politischen Gründen zu dem Zweck, Paris zu zwingen, seine Ruhrpolitik zu ändern.

Eine weitere Erklärung in den letzten Wochen des Dezember ging dahin, die Vorerfordernisse zur Regelung der Forderungen des Auslandes bei Jahresende seien für das rapide Steigen des Pfunds und des amerikanischen Dollars verantwortlich zu halten. Natürlich ist diese Erklärung mit dem Eintritt ins neue Jahr hinfällig geworden.

Beamte der Pariser Filialen amerikanischer Banken weisen mit Entschiedenheit die Andeutung zurück, daß eine von New York ausgehende Spekulation nachteilig für den Franc sei. Sie machen geltend, die äußerst mäßige Handelsbilanz von anderthalb Milliarden Francs zu Ungunsten Frankreichs vom letzten Jahr sei, zusammen mit den regulären Zinszahlungen auf ausländische Anlethen, durch die Ausgaben der Touristen in Frankreich im letzten Jahr nicht aufgewogen worden. Es wird darauf hingewiesen, daß die französische Regierung auf ihre amerikanischen Anleihen, wie auf die Schuld für gekauftes amerikanisches Heeresgut jährlich etwa $40,000,000 zu bezahlen hat. Dazu kommen noch die Zinsen auf die Anleihen für Bordeaux, Marseille, Lyon und das Seine-Departement, sowie auf beträchtliche Anleihen von Privaten.

Zeitungen, vor allem der „Temps", haben darauf angespielt, daß französische Exporteure beträchtliche Finanzen im Ausland unterhalten. Das französische Finanzministerium besteht mit aller Entschiedenheit auf der Durchführung des Gesetzes gegen Kapitalsflucht, und Nachfragen sowohl unter französischen wie auch amerikanischen Bankiers haben ergeben, daß sie die Transferierung von Geldern ins Ausland nicht gestatten, es wäre denn unter besonderer Erlaubnis der Regierung. Es finden sich indes immer Mittel und Wege, um diese Einschränkungen zu umgehen, als da sind ein häufiges Kaufen kleinerer Tratten und das Belassen der im Ausland eingehenden Einkünfte in diesen Ländern.

Die Zunahme der Papiergeld-Zirkulation um 1200 Millionen Francs besprechend, schreibt der „Matin", die Anforderungen an die Regierung seien bei Jahresende ungewöhnlich groß gewesen. Unter dem Gesetz von 1920 ist die Regierung ermächtigt, bis zu 41 Milliarden Francs Banknoten zu verausgaben, und unter einem neuen Dekret wird diese Summe sogar auf 43 Milliarden Francs erhöht.

Ein weiteres Steigen von Reis und Brot um einen Sou, wodurch der Preis auf 25 Centimes per Kilo gebracht würde, steht zu erwarten, nachdem die Mehlpreise auf 127 Francs das Quintal getrieben wurden. Das Steigen der Mehlpreise ist auf den Rückgang der Einfuhr zurückzuführen, die wiederum ihren Grund teils in der Entwertung des Franc, teils in dem Manko der letztjährigen Ernte hat, das von der Regierung nicht hoch genug eingeschätzt wurde.

* * *

Das, was vernünftige Männer in England und Amerika schon längst vorausgesagt und was deutsche Reichsminister immer wieder dem französischen Staatsmanne Poincare angekündigt haben, erfüllt sich nun. Das offizielle Frankreich wollte in unseliger Verblendung nicht einsehen, daß der Sturz Deutschlands auch die französische Wirtschaft mit in den Abgrund reißen würde, wie das bei zwei großen Nachbarländern ganz unvermeidlich ist. Wer nicht hören will, muß fühlen. Das Ruhrunternehmen, dessen „reiche Gewinne" Poincare erst kürzlich wieder gepriesen hat, erweist sich zusammen mit den ungeheuren militärischen Aufwendungen Frankreichs als eine wirtschaftliche Torheit ersten Ranges. Es gibt auch für den in Waffen starrenden Sieger gewisse Grenzen, die er nicht überschreiten darf, wenn er nicht die Früchte seines Sieges selbst gefährden und verlieren will.

Weltumschau

Deutschland.

Die große Notlage, in der sich die Bevölkerung des besetzten Gebietes befindet, hat die Führer der evangelischen Kirche im Rheinland und Westfalen veranlaßt, sich an die evangelischen Kirchen des Auslandes zu wenden. Sie rufen die Auslandsgemeinden an, ihnen in der Bekämpfung des ungeheuren Elends behilflich zu sein, von dem das deutsche Volk betroffen ist. Wie groß die Not in Deutschland ist, zeigt der folgende ergreifende Vorfall. In Spandau wurde der zweiundsechzigjährige Zimmermann Johannes Müller tot aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß er verhungert war. Seit Monaten hatte seine Nahrung ausschließlich aus Kartoffelschalen und Abfällen bestanden, die er Mülleimern entnommen hatte.

Die Notlage wird auch durch die Rentenmark nicht ohne weiteres behoben, wenn sich auch eine kleine Besserung schon gezeigt hat. Mit Beginn des neuen Jahres haben in Deutschland die üblichen jährlichen Inventur-Ausverkäufe begonnen. Die Geschäfte haben ihre Preise durchweg herabgesetzt, doch sind diese immer noch höher, als die Weltmarkts-Preise. Die Nachfrage ist vorläufig gering, da Jedermann überzeugt ist, daß die Preise bestimmt noch weiter herabgehen müssen. Die Rentenmark beginnt ihre günstige Wirkung auszuüben, indem nicht nur ihr eigener Kurs sich jetzt gefestigt hat, sondern auch die Preise im allgemeinen steiger geworden sind. Auch beginnen die Leute jetzt wieder, Ersparnisse zurückzulegen, was infolge der zunehmenden Entwertung der Papiermark so gut wie aufgehört hatte.

Dagegen steigen infolge Aufhebung des Mieterschutzgesetzes die Mietpreise in beträchtlichem Maße. Der Mietzins soll stufenweise erhöht werden, von 25 Prozent der Vorkriegs-Goldrate im Januar 1924 auf 30 Prozent im Februar, 35 Prozent im März, 40 Prozent im April und dann jeden Monat um weitere 10 Prozent, bis die Miete schließlich im Oktober 1924 das Doppelte der Vorkriegs-Goldraten betragen soll. Ferner ist in der Verordnung vorgesehen, daß ein Bruchteil des auf der neuen Basis eingehobenen Zinses und zwar von 10 Prozent im Februar bis zu 50 Prozent im November von den Hausbesitzern an die Gemeinde und den Staat als eine an der Quelle eingehobene Steuer gezahlt werden soll.

In Hannover planten die Kommunisten ein neues Attentat gegen Oberpräsident Noske, der in den Revolutionsmonaten als Reichswehrminister alle kommunistischen Aufstände rücksichtslos niedergeschlagen hatte. Die aus zwanzig Mann bestehende Sprengkolonne konnte aber rechtzeitig verhaftet werden. Das Attentat, das die Kommunisten gegen einen der von ihnen am meisten gehaßten Männer auszuführen im Begriffe waren, wurde so im letzten Augenblicke verhindert.

Wie in gut unterrichteten Kreisen versichert wird, erwägt die Regierung ernstlich, die Auswanderung deutscher Staatsbürger in fremde Staaten ganz zu verbieten. Als einer der Gründe, die die Regierung zu einem derartigen Schritte veranlassen könnte, wird die Tätigkeit Arnold Rechbergs, der sich augenblicklich in Paris aufhält und sich in der unerfreulichsten Weise als „privater Reparationspolitiker" aufspielt, ja sogar mit einem eigenen Plane aufwartet, das üble Verhalten Maximilian Hardens und anderer „Harden" bezeichnet. Dieser hat sich nicht entblödet, im Auslande Gerüchte in die Welt zu setzen, nach denen eine Hilfe für Deutschland unnötig sei. Man fragt sich ernsthaft in politischen Kreisen, ob das Verhalten dieser Leute nicht glatter Hochverrat sei, und die Regierung ist bereits vielfach ersucht worden, gegen Rechberg und Harden ein Hochverratsverfahren anzustrengen. Zu den Erwägungen der Regierung, die Auswanderung, wenn nicht ganz zu verbieten, so zum mindesten doch stark einzuschränken, dürfte wesentlich die Abwanderung vieler wertvoller Menschen beigetragen haben, die als dauernd verloren für Deutschland betrachtet werden können. Auch spricht mit, daß die amerikanische Quote für das laufende Jahr erschöpft ist, eine für Deutschland sehr betrübende Tatsache.

Der sächsische Landtag verwarf einen Vertrag, welchen die sächsische Regierung mit Moskau über eine Getreidelieferung geschlossen hatte. Die Weigerung wird damit begründet, daß der Kontrakt für Sachsen ungünstig sei und die Bedingungen der Lieferung ungerecht seien.

Deutsch-Oesterreich.

Die neueste Sensation bildet die Schaustellung zum Verkauf von Beständen der ehemaligen Hofwäschekammer in Wien. Die Wiener Frauenwelt ist nur zum geringsten Teil in der Lage, selbst Einkäufe zu machen. Es handelt sich nur um die Luxuswäsche. Die sogenannte Gebrauchswäsche hat die Bundesregierung bereits an ihre eigenen Anstalten, Spitäler, Waisenhäuser und staatlichen Sanatorien verteilt, und einen Teil zu Repräsentationszwecken zurückbehalten. Zum Verkaufe gelangt nun die in ihrer Art wohl einzig dastehende Tafelwäsche, sodann die für die allerhöchsten Gäste und schließlich die für die Suite bestimmt gewesene Wäsche.

Eine umwälzende Erfindung, die die Erzeugung künstlichen Gasolins auf synthetischem Wege ermöglichen soll, läßt die Regierung in dem Staatswerk Wöllersdorf bei Wien prüfen. Der Erfinder ist ein deutscher Chemiker. Das Gasolin soll aus Benzin- und Oelrückständen und aus Koksabfällen gewonnen werden und angeblich die Speisung von Motoren außerordentlich verbilligen. Es soll also lediglich aus Nebenprodukten hergestellt werden, die bisher als wertlos galten. Wenn die Erwartungen zutreffen, die die Hintermänner der neuen Erfindung hegen, würde eine ungeheure Umwälzung in der gesamten Petroleumwirtschaft zu erwarten sein, die sich auf technischem Gebiete, besonders in der Automobil-Industrie, auswirken müßte. Das künstliche Gasolin soll sich von dem echten nur durch Geruch und Farbe unterscheiden. Im übrigen hat es die gleiche chemische Zusammensetzung. Die österreichische Regierung soll bereits über die ersten Versuche hinaus sein und sich auf die Herstellung des Gasolins, das durch Patente in den meisten Ländern geschützt sein soll, in großem Maßstabe vorbereiten.

Schweiz.

In einem der vornehmen Hotels in Zürich in der Schweiz fand eine ausgedehnte und ausgelassene Gesellschaft statt. Plötzlich erhob sich einer der Teilnehmer und er zog sofort aller Aufmerksamkeit auf sich infolge seiner Kopfbedeckung. Er trug eine schwere goldene Krone. Hier und dort konnte man die kostbaren Diamanten und Rubinen aufleuchten sehen, aber die Stellen, wo die größten und wertvollsten Steine gesessen hatten, waren leer. Der „Edelmann" wurde schließlich als der Baron Steiner de Valmonte, der Verwalter des habsburgischen Vermögens erkannt, welcher die Krone seines Herrn zu einem solchen Scherze benutzte. Dieser Vorfall bildete den Höhepunkt in der Reihe von Betrügereien, Diebstählen und Täuschungen, welche schließlich die frühere Kaiserin Zita in Armut und in Abhängigkeit von ihren Freunden in der Schweiz brachten. Nach dem Sturze der Habsburger wurde das Familienvermögen und die Krone dem Baron Steiner anvertraut. Plötzlich aber verschwanden die Juwelen auf unaufgeklärte Weise, als der Baron und seine Gattin in den lebenslustigen Hauptstädten Europas eine große Rolle spielten. Schließlich wurden die beiden in Paris verhaftet unter der Beschuldigung des Betruges und des Diebstahles und wurden an die Schweiz ausgeliefert. Steiner leugnete hartnäckig seine Schuld und ging sogar so weit zu behaupten, daß er nichts über den Verbleib der Juwelen wisse. Diese wurden schließlich von einem Schweizer Beamten an der Person der Baronin gefunden. Der Beamte hatte sich nach Wiesbaden begeben, wo er eines Abends die Baronin überraschte, als sie aus einem Theater kam und die Juwelen trug. Der Fall schien fertig und eine Gerichtsverhandlung war auf den Januar angesetzt worden. Aber der Baron ist jetzt gegen Bond freigelassen worden und der Bruder des verstorbenen Kaisers Karl, der Erzherzog Max von Habsburg, hat das Schweizer Gericht ersucht, den Prozeß fallen zu lassen. Es wird jetzt bekannt, daß der Baron Steiner ein Gnadengesuch an die frühere Kaiserin Zita gesandt hat, worin er ihr seine Armut und Unfähigkeit, den Schaden gutmachen zu können, mitteilte, aber zur gleichen Zeit drohte, anzugeben, wie die Juwelen aus Oesterreich entfernt wurden und die hohen Personen mit Namen zu nennen, welche unter dem Deckmantel der diplomatischen Unantastbarkeit die Schmuggelei über die Grenze vollführten. Daraufhin wandte sich die Kaiserin an Max. Die Angelegenheit ist aber damit nicht erledigt. Die jetzige österreichische Regierung beansprucht ebenfalls die Kronjuwelen, weil dieselben staatliches Eigentum wären und sie kann den Prozeß gegen Baron Steiner irgend eine Zeit anstrengen.

Saargebiet.

Nach einem Bericht, welchen der Völkerbund von der Verwaltungskommission des Distrikts erhielt, ist die wirtschaftliche und soziale Lage im Saartal von einigen Gesichtspunkten aus befriedigend, erregt aber in anderer Hinsicht Besorgnis. Das Saartal, an der deutsch-französischen Grenze, wurde der Liga für eine bestimmte Zeit von Jahren zur Leitung übergeben. Nachher entscheiden die Bewohner durch Volksabstimmung ihren künftigen staatsrechtlichen Zustand. Nach dem Bericht der Kommission erholt sich das Gebiet allmählich von den Folgen des Streiks der Bergleute, das Erträgnis aus den Zechen hat bedeutend zugenommen. Im Ganzen hat das Gebiet jedoch seine Wohlfahrt nicht wieder erlangt. Erschwert wird die Lage durch die beständigen Transportschwierigkeiten nach dem Osten durch den Mangel an Rohstoffen und durch das Steigen der Lebenskosten, das im August eingesetzt hat. Seit Juni ist der französische Franc die einzige gesetzliche Währung in dem Distrikt, an Stelle der deutschen Mark. Anfangs gelang es der Verwaltungskommission, die Ausbeutung der neuen Währungsform zu verhüten. Im August und September kam aber eine starke Zunahme der Lebenskosten, hauptsächlich durch die Knappheit von Krediten, Schwierigkeiten bei Erlangung von Vorräten und durch die ungeheure Steigerung der Preise in Deutschland. Indessen sind die Preise viel niedriger als in Deutschland. Den agitatorischen Tendenzen in Arbeiterkreisen gegenüber hat die Kommission Maßnahmen ergriffen. Nach einer Zählung vom letzten Jahr besteht die Saar-Bevölkerung aus 713,105 Personen.

Südslawien.

Die geplante Abtretung der Gemeinde Hatzfeld an Rumänien, das dagegen Modosch an Jugoslawien austauschen soll, hat die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens in große Erregung versetzt. Es wurde berichtet, die Deutsche Partei des Parlaments habe aus diesem Grunde ihren Rücktritt aus der Regierungsfront erklärt. Demgegenüber stellt der Parteivorsitzende, Abgeordneter Kraft, fest, daß die deutsche Fraktion die Abtretung Hatzfelds, die ja schon eine beschlossene Sache sei, lebhaft bedaure. Die Deutschen hätten immer dafür gearbeitet, daß das gesamte Banat ungeteilt bei Jugoslawien verbleibe, doch sei zuerst Temesvar abgetreten worden und jetzt drohe auch dem wegen seiner Industrie bedeutsamen Hatzfeld das gleiche Schicksal. Für die ganze Zukunft des Banats sei Hatzfeld bedeutsam, man hätte sich diese Abtretung besser überlegen sollen. Die deutsche Fraktion bedaure die Abtretung auch deshalb, weil dadurch eine unmögliche und abnormale Grenze auch in strategischer Hinsicht geschaffen werde. Die Abtretung sei ein Projekt reiner Parteiinteressen. Für Hatzfeld bekomme Jugoslawien nicht drei, sondern nur zwei Dörfer, von deren Einwohnern übrigens nur ein Drittel serbisch sei, die übrigen gehörten den Minderheiten an. Was aber nun werden solle, sei noch schwerer zu beantworten. Die Umgebung Hatzfelds könne sich nur schwer einem neuen Zentrum zuwenden, denn es sei keines da, und so werde über kurz oder lang Rumänien mit neuen Forderungen kommen. Immerhin aber sei Hatzfeld, obschon dort der erste Parteitag der Deutschen Partei stattgefunden habe, nicht das Zentrum der Partei oder auch des Kulturbundes. Der Kopf des Deutschtums sei Neusatz.

In Belgrad ist eine Konferenz der Kleinen Entente zusammengetreten, um die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten wegen des Bündnisses zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei, die Beziehungen der Kleinen Entente zu ihren Nachbarn Ungarn und Bulgarien, und die wirtschaftlichen Beziehungen untereinander zu besprechen. Man nimmt an, daß auch die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung Gegenstand der Beratungen sein wird.

Rumänien.

Hiesige diplomatische Kreise sind aufs äußerste gespannt, welche Aufnahme der rumänische Vorschlag, die Sowjet-Regierung anzuerkennen und normale Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, bei den Vertretern der Kleinen Entente finden wird. Rumänien liegt sehr viel daran, auch Polen in die Kleine Entente hineinzubekommen, aber es scheint, daß auf polnischer Seite wenig Neigung dazu vorhanden ist. Die Gründe, welche Rumänien auf der Konferenz vorbringen wird, werden sein: Leichtere Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen, gemeinsames Vorgehen bei internationalen Verhandlungen und gemeinsame Besprechung von Verkehrsfragen. Außerdem wird Rumänien direkte Verhandlungen mit Sowjetvertretern über die Abtretung von Beßarabien und die Rückgabe des beim Einrücken der Deutschen in Rumänien nach Petrograd in „Sicherheit" gebrachten rumänischen Goldschatzes pflegen. Diese Verhandlungen werden Mitte Januar in Salzburg, Oesterreich, beginnen, und man sagt hier, daß Rumänien gegen Anerkennung seiner Rechte auf Beßarabien nur zu gern bereit wäre, auf sein Gold Verzicht zu leisten.

Am 27. Oktober feierte die Kolonie Alt-Postal in Beßarabien das Fest ihres 100jährigen Bestehens. Es ist interessant, daß 108 Glückwünsche von Altpostalern aus Amerika und Deutschland zum Fest eingelaufen waren, nebst einer Spende von 22,000 Lei für die Armen und zur Gründung eines Kirchenbau-Kapitals.

Rußland.

Ein Beweis für das Vorhandensein einer geheimen Verständigung zwischen Frankreich und den russischen Sowjets wird in der Tatsache gesehen, daß die Russen in Frankreich eine große Zahl Flugzeuge und andere Kriegsbedarfsartikel gekauft haben. Fünfzig dieser Flugzeuge, welche die neuesten Kampf-Flugzeuge sind, wurden durch den russischen Flieger Aguichewski angekauft, welcher jetzt der Chef des Fliegergeschwaders der Sowjets ist. Er befindet sich in Paris. Ein offizieller französischer Bericht meldete, daß die angekauften Flugzeuge Handelszwecke dienen sollten. Aber dieselben sind zum größeren Teile Zwei- und Dreisitzer, welche in dem europäischen Postdienst nur selten Verwendung finden.

In Itomir in der Ukraine wurden die drei Anführer der Judenermordung, deren Schuld für das Pogrom vor drei Jahren nachgewiesen werden konnte, zum Tode verurteilt. Unter den verurteilten Männern ist der Banditenchef Pereliuk, welcher persönlich viele Frauen und Kinder quälte und sie dann später tötete.

Zwei Dörfer mit 400 Häusern wurden zerstört und 83 Personen fanden ihren Tod, als am 29. Dezember ein Erdbeben im russischen Turkestan stattfand. Wie die Nachrichten melden, fand dasselbe in der Nähe von Ura Tuybe statt. Das Erdbeben hinterließ große Risse in der Erdoberfläche und alle Verbindungen mit dem Distrikte wurden unterbrochen.

Frankreich.

Der Gasolinbehälter, welcher schwarz vom Rauche kürzlich an der sizilianischen Küste gefunden wurde, gehörte zur Ausrüstung des verunglückten Luftschiffes Dixmude. Der Behälter, welcher an dem deutschen Zeppelin L-113 gebraucht worden war, wurde an Bord der Dixmude genommen kurz ehe sie die letzte Fahrt antrat. Sachverständige im Flotten-Ministerium sind der Ansicht, daß das Luftschiff in der Mitte entzwei gebrochen sein muß, weil der Gasolinbehälter allein gefunden wurde.

England.

Das Unterhaus wurde in ruhiger Weise eröffnet und John Henry Whitley wiederum als Sprecher gewählt. Besondere erregende Momente waren nicht zu erkennen. Trotzdem ist aber innerhalb der Parteien eine starke Beunruhigung wahrzunehmen, weil alle mit der durch die letzte Wahl geschaffenen Lage, die das bisher glatt funktionierende System aus den Angeln hebt, unzufrieden sind. Die Labor Party hat wohl am meisten unter inneren Schwierigkeiten zu leiden. Ihr Führer Ramsay MacDonald, der schon stille Vorbereitungen zur Uebernahme der Regierung trifft, hat in einer Riesenversammlung in der Albert Hall in London ein gemäßigtes Programm entwickelt, das außenpolitisch die Bekämpfung der europäischen Kriegsgefahr und die Anerkennung Rußlands, innenpolitisch die Behebung der Arbeitslosigkeit vorsieht. Sozialistische Forderungen waren kaum zu hören. Das ärgert die radikalen englischen Arbeiterführer, deren Radikalismus aber für eine vernünftige Regierungspolitik unbrauchbar ist.

Deutschlands Währungskommissar und Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht füllt seinen Aufenthalt in London mit Besprechungen aus, die er mit englischen Bankiers und Wirtschaftlern hat und die seinen Plan zur Schaffung einer neuen Goldnotenbank in Berlin betreffen. Er machte dem Präsidenten der Bank von England Montagu C. Norman und anderen amtlichen Bankmännern Höflichkeitsbesuche. Absichtlich ging er jeder Begegnung mit Vertretern der Politik oder der Regierung aus dem Wege. „Meine Mission ist rein wirtschaftlicher Natur," erklärte Dr. Schacht. „Sie hat keine politische Bedeutung und ist auf Unterredungen mit Londoner Finanziers beschränkt." Dr. Schacht sucht die Gründung seiner Goldnotenbank mit deutschem, englischem, amerikanischem und anderem ausländischen Gold zu erreichen. Die Bank soll ganz unabhängig von der deutschen Regierung sein.

Italien.

Drei Städte in Italien, Senigallia, Mondolfo und Sanetionstanza, sind teilweise durch Erderschütterungen zerstört worden, welche die Provinz Pesaro e Urbino trafen. Auch Menschen sollen bei dem Unglücke verletzt worden sein. Die Einwohner von Mondolfo erzählten, daß sich eine große Spalte in der Erde in der Nähe von Ponte Cassolse öffnete, welche Rauch und Feuer speie. An der adriatischen Küste konnte man dumpfe Geräusche unter der Erdoberfläche hören. Auch Schiffe, welche das adriatische Meer durchkreuzt hatten, meldeten, daß sie Erzitterungen des Wassers wahrgenommen hätten.

Griechenland.

Der König Georg soll nicht die Erlaubnis erhalten, nach Griechenland zurückzukehren, bis die Nation ihrem Willen in einer Wahl Ausdruck gegeben haben wird, ob sie einen König oder eine Republik will, sagte Venizelos. Sollte das Volk für ein Königreich stimmen, so soll es entscheiden, wer auf den Thron berufen werden soll, fuhr der frühere Premier Venizelos fort, welcher aus der Verbannung nach Griechenland zurückgerufen wurde, um die Zügel der Regierung in seine Hand zu nehmen. Er kam freilich krank in Athen an. Die verworrene Lage hat ihm Herzbeschwerden gemacht.

Vereinigte Staaten.

Im Senat setzte eine Debatte über die Frage ein, ob Sowjetrußland anerkannt werden soll. Senator Lodge widersetzte sich dem, während Senator Borah erklärte, die russische Regierung sei fest errichtet, ihre Anerkennung würde die Verhältnisse in diesem Lande wie auch in Europa stetigen, den Handel öffnen und zur Hemmung irgendwelcher Propaganda hier beitragen. Auf die Propagandafrage kurz eingehend, bemerkte Borah, er glaube nicht, daß die Sowjetregierung in dieser Richtung seit 1921 tätig gewesen sei.

Präsident Coolidge hat Direktor Lord vom Budget-Bureau ersucht, mit den Beamten des Shipping Board und des Marinedepartements den Ankauf von Schiffen, die sich unter der Kontrolle der genannten beiden Behörden befinden, zu besprechen. Die Schiffe sollen für die Bekämpfung des Spirituosenschmuggels an der amerikanischen Küste benutzt werden. Da zeigt es sich wiederum, welchen kostspieligen Apparat die Prohibition erfordert.

Mexiko.

Der Gouverneur des Staates Yucatan, Selite Carillo, und sein vollständiger Stab sind von mexikanischen Rebellen, welche auf seiten der De la Huerta-Erhebung stehen, hingerichtet worden. Die Hinrichtung soll in Merida, der Hauptstadt der Provinz, vollzogen worden sein.

Es wird offiziell gemeldet, daß die Rebellen-Truppen unter dem Kommando von Manuel Dieguez in der Nähe von Leon im Staate Guanajuato erschienen sind und daß sie anscheinend die Absicht haben, die Stadt zu nehmen und die Eisenbahn und telegraphische Verbindung mit dem Norden zu durchschneiden. Man nimmt an, daß eine Schlacht jetzt geschlagen wird und diese sehr erbittert sein wird. Leon ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, 30 Meilen nordwestlich von Guanajuato, und liegt ungefähr 180 Meilen nordwestlich von der Stadt Mexiko. Sobald das Kriegsdepartement die Nachricht erhielt, daß die Rebellen in dieser Gegend erschienen seien, befahl es General Eulogio Artiz und Rodolfo Gallegos und Julian Medino, in Eilmärschen nach der Gegend zu ziehen, um die Streitmacht abzuschneiden, welche die Verbindung mit dem Norden zu unterbrechen droht. Das Kriegsdepartement kündigte an, daß die Kämpfe sehr erbittert ausgefochten würden und daß sich bald herausstellen würde, ob die Regierung oder die Rebellen die Oberhand hätten.